

Ich hatte bereits zu früheren Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht, daß wir sehr differenziert an die Probleme der Klassenauseinandersetzung herangehen müssen - auch an die Fragen unseres Verhältnisses zur Brandt/Scheel-Regierung. Wir unterschätzen keineswegs die antisozialistischen Ziele dieser Regierung und ihre raffiniertere politische Taktik - dazu habe ich heute genug gesagt und davon wird nichts abgestrichen -, und trotzdem sind wir nicht interessiert, daß diese Regierung - z. B. im Ergebnis der Bundestagswahlen im Jahr 1973 - von einer Barzel/Strauß-Regierung abgelöst wird.

Wir müssen also in unserer Politik mit den politischen Zuständen, mit dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis der Parteien in der BRD rechnen und immer versuchen, daraus das Beste für die europäische Sicherheit, für die Ziele der sozialistischen Staatengemeinschaft herauszuholen.

Um es ganz konkret zu sagen: Es kann den sozialistischen Staaten - auch im Hinblick auf die Bundestagswahlen 1973 und den 1972 beginnenden Wahlkampf - nicht gleichgültig sein, welche Partei die Bundesregierung führt. Die gegenwärtige Bundesregierung ist unter dem Zwang der unumstößlichen politischen Realitäten und des internationalen Kräfteverhältnisses stärker bereit als die CDU/CSU-Opposition, diese Realitäten zu respektieren.